

beteiligt. Allein 2017 überwies Viva-west der RAG-Stiftung 130 Millionen Euro.

Höchste Zeit, die Gesamt-rechnung aufzumachen

Bergarbeiterbewegung, Kumpel für Auf und Kollegenzeitung *Vortrieb* deckten auf:

- ein regelrechter Verlegungster-ror und massenhafte „personen-oder krankheitsbedingte“ Kündi-gungen unter der Losung „Kei-ner fällt ins Bergfreie“
- drohende regionale Trinkwasser-katastrophe an Ruhr und Saar durch die Flutung der Zechen, in denen 1,6 Millionen Tonnen Giftmüll und PCB allein im Ruhrgebiet lagern
- das Millionengeschäft der RAG mit der Privatisierung der Berg-bauwohnungen, die inzwischen Spekulationsobjekt der Immobili-lienhaie Vonovia und Vivawest geworden sind
- der Diebstahl an dem Renten-anteil des Kohledeputats

Die Grünen: eine Monopolpartei

Die Grünen, die derzeit in den Umfra-gewerten einen Höhenflug erleben, offenbaren in Sachen Bergbau ihren tatsächlichen Charakter. Sie sind eine bürgerliche Monopolpartei. So vertre-ten sie, wie die anderen Berliner Par-teien, Umweltschutz nur, wenn ausrei-chend Profite winken bzw. diese nicht angetastet werden. In der früheren NRW-Landesregierung mit der SPD rollten sie unter dem Motto „Profit geht vor Umweltschutz“ der RAG den roten Teppich aus.

Nachdem die Grünen die bundesweite Müllverbrennung in der Schröder/Fischer-Regierung eingeführt hatten, deckten sie auch das Millionengeschäft der RAG, die Filterstäube unter Tage zu lagern. Namentlich die grüne Umwelt-ministerin Bärbel Höhn behauptete zuerst, das habe die SPD an den Grünen vorbei gemacht. Wenig glaubhaft: Die Grünen hatten diese Praxis noch 1992 zu Oppositionszeiten kritisiert, sie war



ihnen also bekannt. 1995, kaum in der Regierung, breitete Höhn den Mantel des Schweigens über den Giftmüll. Entweder haben sie diese Praxis also mitgetragen oder versagt, die Vorgänge aufzudecken. Das taten dann später mutige Kumpel und ehemalige Höhn-Mitarbeiter.

Damals hatte das Bergamt zur Bedin-gung gemacht, dass das Grubenwasser niemals angehoben werden darf. Alles inzwischen Schnee von gestern. Auf Zeche Auguste Viktoria (AV) in Marl hat die Flutung der Schächte bereits begonnen! Das muss sofort gestoppt werden! Wer nicht bereit ist, sich mit Umweltverbrechern wie der RAG anzu-legen, braucht von ernsthaftem Um-weltschutz nicht zu reden. Die MLPD ist die konsequente Umweltpartei, die kei-ne Rücksicht auf die Monopolinter-essen nimmt, sondern diese bekämpft.

Auf zur Demonstration am 15. Juni in Bottrop

Die MLPD empfiehlt der Arbeiterbewe-gung, der Jugend- und Umweltbewe-gung, Wissenschaftlern und in den Wohngebieten in NRW, bis zur Demon-stration am 15. Juni in Bottrop, die Kräfte auf diese Kulmination in der Auseinandersetzung „Arbeiterbewe-gung versus Monopole und Regierung“ zu konzentrieren.

Der Weg des Kampfes ist der einzig richtige, und dazu muss vor allem die

Organisiertheit der kämpferischen Bergarbeiter-, der Jugend-, der Umwelt-, der Frauenbewegung gestärkt werden. Wer für eine lebenswerte Zukunft ein-tritt, ist auch eingeladen, sich über eine grundlegende Alternative zu informie-ren, die die MLPD im echten Sozialis-mus sieht. Sie hat Betriebsgruppen, die im Bergbau, bei Evonik, Stahl oder in der Automobilindustrie die Arbeiter-klasse zusammenschließt. Beteiligt euch an der Protestdemonstration am 15. Juni, gewinnt eure Freunde und Nachbarn dafür und nehmt an den Veranstaltungen zur Vorbereitung der Demonstration teil.

Schluss mit der Politik der verbrannten Erde!

Die Fronten klären sich – Zeit, den Kampf aufzunehmen

¹WAZ, 1.6.19, ²WAZ, 6.6.19, ³WAZ, 6.6.19, ⁴WAZ, 6.6.19, ⁵Bild, 3.6.19

Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Ein persönliches Gespräch

Bergbau – die Fronten klären sich:

Wer steht für die Politik der verbrannten Erde und wer kämpft um die Zukunft?

11.6.2019



Demonstration in Essen, März 2019

Circa 250 Bergleute machten am heutigen Dienstag in Bottrop in einer eindrucksvollen, selbst organisierten und lautstarken Demonstration deutlich, dass sie ihre betriebsbedingten Kündigungen nicht akzeptieren. Ein bedeutendes Signal, welche Kampfkraft noch in den Bergleuten und ihren Familien steckt! **Das nächste wird es bei der Demonstration am kommenden Samstag, 15. Juni, in Bottrop gegen die gesamte RAG-Politik der verbrannten Erde geben. Die Bergarbeiterzeitung *Vortrieb* und Kumpel für AUF hatten diese als erstes aufgedeckt und rufen zu der Demonstration auf.**

Am 15. Juni in Bottrop werden die Kum-pels, ihre Familien und die betroffenen Menschen im Ruhrgebiet der RAG ihre Antwort auf diese Politik geben.

Es kommt einiges zusammen: Schlie-ßung der letzten Zeche, Tabubruch mit Massenentlassungen von 200 Bergleu-ten „ins Bergfreie“. Zeitgleich beginnt die Flutung der Zechen, womit eine regionale Trinkwasserkatastrophe heraufbeschworen wird. Mit dem Depu-tatklau werden Renten der Bergleute und sogar ihrer Witwen gekürzt. Die

günstigen Bergbauwohnungen wurden in großem Umfang privatisiert und der Profitmaximierung von Immobilien-konzernen unterworfen.

„Ehernes Gesetz gekippt“

Am 1. Juni berichtet die WAZ, dass ein „ehernes Gesetz des deutschen Berg-baus, dass kein Kumpel ins Bergfreie fallen soll“, gekippt wird¹. Die Bedeu-tung dieser Auseinandersetzung geht weit über den Bergbau hinaus. Sie betrifft die gesamte Arbeiterbewegung

Protest-demonstration

15. Juni 2019 in Bottrop
11 Uhr: Prosperstraße /
Ecke Ostring

sowie die Masse der Bevölkerung mindestens in ganz NRW, die Umwelt-, Frauen- und die Jugendbewegung, die derzeit vor allem umweltpolitisch fokussiert ist. In allen großen Konzernen sind Programme zur Vernichtung von Arbeitsplätzen angelaufen. Hier bahnen sich qualitative Veränderungen an. Was der RAG-Konzern – freundlich begleitet vom Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis – hier inszeniert, scheint eine Blaupause, wie die Konzerne künftig mit der Arbeiterklasse umspringen wollen.

Bei den angedrohten Kündigungen wird selbst vor Schwerbehinderten und Inhabern des Bergmannversorgungsscheins nicht Halt gemacht, der einen besonderen Schutz der Bergleute vor Arbeitslosigkeit darstellt. Selbst das Integrationsamt hat diesen Kündigungen zugestimmt. Bergleute berichten, wie gegen kritische Betriebsräte vorgegangen wird. Demnach wurden zwei Betriebsräte zwangsversetzt, die die Kündigung nicht unterschreiben wollten. All das ist ein einziger Tabubruch gegenüber jahrzehntelang erkämpften Rechten.

Wenige Tage vor der Rente gekündigt

Einigen Bergarbeitern, die jetzt gekündigt werden, fehlen nur wenige Tage oder Wochen zur sogenannten Anpassung, wie die Frühverrentung im Bergbau genannt wird. Diese bekommt man aber nur, wenn man 50 Jahre alt ist. Nach 30 Jahren Knochenarbeit unter Tage bedeutet ein Wechsel aus dem Bergbau für sie: statt verdientem Vorruhestand mehr als 17 Jahre weiterarbeiten oder in Arbeitslosigkeit mit Hartz IV verbringen. Jeder weiß, dass man, wenn überhaupt, heute fast nur noch befristet oder über Leiharbeit neue Arbeit bekommt.

Die *Rote Fahne* sprach mit einem Opelner aus Bochum. Auch ihnen wurde bei der Werkschließung von den großen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erzählt. „Aber bis heute sind sie zig Kolleginnen und Kollegen, die in der Transfergesellschaft waren, ohne Arbeit, in unwürdigen Arbeitsplätzen, Leiharbeit, befristet oder in Hartz IV. Lasst euch nicht übers Ohr hauen, seinen Arbeitsplatz verkauft man nicht!“

Sowohl Hartz IV als auch die Rente mit 67 sind Ergebnis der SPD-Politik der letzten Jahrzehnte. Kein Zufall, dass Michael Vassiliadis auch SPD-Mitglied ist und dort im Gewerkschaftsrat tätig. Die SPD hat an der gesamten Bandbreite die Interessen der Arbeiterklasse und breiten Massen verraten. Auch dafür steht die derzeitige Entwicklung rund um den Steinkohlebergbau. Die lange schwelende, derzeit offene Parteikrise der SPD hat ihre Hauptursache darin, dass sie das Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter verloren hat.

Vortrieb wird unterdrückt

Lange bevor die bürgerlichen Medien (unter anderem die *WAZ* und *Bild*) seit vergangener Woche berichten, hatten die überparteiliche Bergarbeiterinitiative Kumpel für AUF, die Bergarbeiterzeitung *Vortrieb* und die Betriebsgruppen der MLPD vor der bevorstehenden Politik der verbrannten Erde gewarnt. Sie hatten die begründete Prognose von betriebsbedingten Kündigungen aufgestellt und die Lüge vom „sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau“ entlarvt. Sie haben mit dem bisherigen Höhepunkt einer kämpferischen Demonstration im Bergarbeiterwohngebiet um die Zeche Zollverein in Essen-Katernberg im März den Protest organisiert. Ohne das wären diese Vorgänge klammheimlich über die Bühne gegangen. Diese Vorkämpfer werden nun in den bürgerlichen Medien jedoch weitgehend unterdrückt.

Aber: die kämpferische Bergarbeiterbewegung hat eine Meinungsführerschaft erlangt, unter den Bergleuten, ihren Familien und überall, wo diese Schweinereien bekannt werden. Es herrscht breite Empörung über das Vorgehen der RAG. Und das Bewusstsein wächst, dagegen gemeinsam aktiv zu werden.

Die außerordentliche Situation und der krasse Widerspruch zum gepflegten RAG-Image scheinen selbst in der sonst eher RAG-freundlichen *WAZ* durch. So spricht *WAZ*-Redakteur Stefan Schulte von „einem unrühmlichen Schlusspunkt“. ² Und am 3. Juni veröffentlichte die *WAZ* den Leserbrief eines Sprechers von Kumpel für AUF, Christian Link, der erklärt: „Da will ein Konzern wie die RAG uns erzählen, dass sie die 200

Diese Woche werden in vielen Ruhrgebietsstädten Veranstaltungen von „Kumpel für AUF“ stattfinden. Dabei werden kompetente Kumpel und Fachleute informieren. Dort wird der Aufruf diskutiert, alle Informationen zusammengetragen und die Demonstration vorbereitet.

Gelsenkirchen-Horst

(Mittwoch 18:00 Uhr)
„Emscherhusar“, Harthorststraße 29

Gelsenkirchen-Buer

(Mittwoch 18:00 Uhr)
„Zwiebel“, Vinckestraße 85

Herne

(Mittwoch 18:30 Uhr)
Bavaria Alm, Holsterhauserstr. 188

Duisburg

(Donnerstag 19:00 Uhr)
Friedrich-Ebertstr. 131

Moers-Meerbeck

(Donnerstag 15:00 Uhr)
Café am Markt, Ecke Lindenstraße/
Bismarckstraße

Bochum-Langendreer

(Donnerstag 17:30 Uhr)
„Café Cheese“, Alte Bahnhofstr. 180

Kumpels im Konzern nicht unterbringen kann. Es ist eine Frechheit, den Kumpels zu unterstellen, sie handelten fahrlässig ... Das auch noch aus dem Mund des Gewerkschaftsvorsitzenden.“ Und die *Bild* formuliert am 3. Juni: „Nach Kündigungshammer bei der RAG: Jetzt reden die Kumpel!“

Die RAG stellt die Realität auf den Kopf

In seltener Dreistigkeit müssen RAG- und IG BCE-Führung reagieren. Offenbar fühlt sich die RAG im Rechtfertigungszwang (getroffene Hunde bellen): Sie schieben allen Ernstes den Bergleuten selbst die Schuld in die Schuhe. In der *WAZ* konnte man lesen: „RAG: Bergarbeiter zwingen uns zu Kündigungen“ ³. Wie dreist kann man sein? Weil die Bergleute nicht freiwillig gehen, sind sie jetzt selbst schuld? Diese üble Masche kennt die Arbeiterbewegung: Demnach waren auch die Opel-Arbeiter in Bochum selbst schuld

an der Werkschließung, weil sie gekämpft haben.

Logik: Profitmaximierung

Dabei folgt die Politik der verbrannten Erde schlicht der Logik der Profitmaximierung: Das Vermögen der RAG-Stiftung beläuft sich auf 17 Milliarden Euro. Allein 2018 ist es um 912 Millionen gestiegen. Pro Tonne Giftmüll, die seit den 1980er-Jahren unter Tage verklappt wurde, erhielt die RAG zwischen 500 und 800 DM. Dieses Vorgehen der RAG ist mutwillig und begleitet durch die bürgerliche Politik.

Die RAG und IG BCE-Spitze behaupten in einem Brief an die Landes- und Bundesregierung frech, „an freien und attraktiven Arbeitsplätzen außerhalb des Bergbaus mangle es nicht.“ Der RAG-Vorstandsvorsitzende Peter Schrimpf behauptete in der *Bild*: „Auch den Kollegen, um die es jetzt geht, haben wir zahlreiche Jobs angeboten. Bei seriösen Unternehmen zu Top-Konditionen. Sie haben mehrfach abgelehnt.“

Lohneinbußen drohen

Betroffene Kumpel berichten dagegen von drohenden Lohneinbußen bis zu 2000 Euro, geforderten Umzügen nach Salzgitter oder von Bewerbungen, auf die sie nicht mal eine Antwort bekamen. Die *Rote Fahne* fragte bei HKM nach, weil dieses Stahlunternehmen angeblich Bergleute aufnehmen könne. Auch das gehört offenbar in den Bereich Fake News. HKM gehört zu 51 Prozent Thyssenkrupp und zu 49 Prozent Salzgitter. Dort laufen selbst Maßnahmen zur Arbeitsplatzvernichtung. „Eine Handvoll Leute könnte vielleicht unterkommen. Aber eine größere Zahl ist völlig unrealistisch“, berichtet uns ein Stahlarbeiter. „Bei HKM gibt es einen Beschäftigungstarifvertrag, bei dem eine Arbeitszeitverkürzung auf 32 Stunden mit Lohneinbußen erzwungen wurde.“

Kein Problem, Arbeit zu finden?

Die Zahl der offiziell Arbeitslosen in den Städten Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen stagniert auf überdurchschnittlichem Niveau bei 6,8 Prozent, 10 Prozent und 12,5 Prozent. Über 24.158 Menschen waren hier Ende April arbeitslos. Aber für Bergleute soll

es angeblich „kein Problem“ sein, vernünftige Arbeit zu finden? Wer soll das glauben? Im April sank diese Zahl um gerade einmal 52 Menschen. Mit den RAG-Kündigungen wird sie wieder steigen.

Dass die Bergleute zudem alle ihre Bergmannsrechte verlieren und in die Rente mit 67 rutschen, verschweigen Schrimpf und Vassiliadis. Ebenso, dass es im RAG-Konzern genug Ersatzarbeitsplätze gibt. Allein um die Folge- und Sicherungsarbeiten auf den Zechenanlagen zu erledigen. Dort will die RAG aber lieber mit Leih- und Zeitarbeitern arbeiten – die sind „billiger“ und man kann sie viel leichter wieder loswerden.

IG BCE-Chef fällt Kumpels in den Rücken

Vassiliadis geht sogar so weit, die Bergleute anzugreifen, und nennt sie „fahrlässig“ und „unsolidarisch“. Da identifiziert sich anscheinend jemand vollständig mit den Profitinteressen der RAG und fühlt sich verantwortlich, ihre Angriffe zu rechtfertigen. Auf welcher Seite steht ihr eigentlich? Die Frage beantwortet er selbst ziemlich unmissverständlich. Aus deren Sicht spielen die Kumpels fahrlässig mit der langjährigen Klassenzusammenarbeitspolitik, dem sorgsam inszenierten Image der RAG vom angeblich erfolgreichen Strukturwandel und dem „sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau“.

Die miese Tour, das jetzt den Bergleuten in die Schuhe zu schieben, muss eine angemessene Antwort bekommen. Fahrlässig wäre höchstens, einen solchen Konzern und eine solche Politik weiter agieren zu lassen.

Bergleute können kämpfen

Anders als Vassiliadis wissen die Bergleute allerdings noch sehr gut, was solidarisch wirklich bedeutet. Ihr Streik 1997 mit 130.000 Bergleuten, selbstständig sieben Tag lang, inklusive Autobahnblockaden, Besetzungen und einiges mehr, erhielt breite Solidarität. Er verhinderte auf Jahrzehnte die damals geplante vollständige Schließung aller Zechen.

Auch heute solidarisieren sich immer mehr Menschen, je bekannter die ganze Angelegenheit wird. Am 16. März

hatten rund 250 Kumpels und ihre Familien in einer beeindruckenden Demonstration den Auftakt für die Durchsetzung der Forderungen auf Kosten der Profite und für die strafrechtliche Verfolgung der Umweltverbrecher gemacht. Mit diesem Rückhalt wäre auch ein Streik der verbleibenden über 2000 Kumpels und anderen Mitarbeitern eine scharfe Waffe.

Damit würden sie auch für ihre Kolleginnen und Kollegen bei Stahl, Siemens, ZF und vielen anderen von Arbeitsplatzvernichtung Bedrohten ein wichtiges Signal geben: Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Brandgefährliche Zechenflutung

Dabei geht es auch um die brandgefährlichen Zechenflutungen. Der unter Tage eingelagerte Giftmüll bedroht das Grundwasser, wenn durch den Anstieg des Grubenwassers die Giftstoffe gelöst werden und mittelfristig ins Trinkwasser gelangen. So rücksichtslos wie gegen die eigenen Beschäftigten geht die RAG auch mit der Natur und Bevölkerung um. Es droht eine regionale Trinkwasserkatastrophe mit verheerenden Folgen!

Deputatklau = Renten Kürzung

Auch die stillschweigende Renten Kürzung über den Deputatklau geht auf das Konto der RAG. Diese Energiebeihilfe durch das sogenannte Deputat (Kohlenlieferungen für Hausbrand) war Lohn- und Rentenbestandteil. Es wurde für eine völlig unzureichende Einmalzahlung gekündigt. Auch das war übrigens eine Blaupause für ein kurze Zeit später eingeführtes SPD-Gesetz. Dieses sogenannte „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ ermöglicht den Konzernen nachträglich bereits erworbene Rentenansprüche zu kürzen.

Und auch durch den Verkauf der Wohnhäuser in den Zechensiedlungen hat die RAG auf dem Rücken der Bergleute ein Millionengeschäft gemacht. Sie hat die Kumpels gezwungen, die Häuser entweder zu kaufen, auszuziehen oder künftig bei den Konzernen Vonovia und Vivawest zu schlechteren Konditionen zu mieten. An den Vivawest-Profiten wiederum ist die RAG-Stiftung mit 30 Prozent und die RAG mit 18,2 Prozent